



## Presseinformation

Nr. 383/2011

Kiel, Dienstag, 19. Juli 2011

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Günther Hildebrand, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Katharina Loedige, MdL**  
Parlamentarische Geschäftsführerin

Enquetekommission zur norddeutschen Kooperation

### Ingrid Brand-Hückstädt: Enquetekommission sollte jetzt Feierabend machen!

Zum bisherigen Verlauf und den Ergebnissen der Enquetekommission „Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation“ erklärt die Obfrau der FDP-Fraktion für die Kommission, **Ingrid Brand-Hückstädt**:

„Die Enquetekommission ‚Chancen und Risiken der norddeutschen Zusammenarbeit‘ sollte schnellstmöglich zum Ende kommen. Mit der Einsetzung des Gremiums haben SPD und Grüne von einem Minderheitenrecht Gebrauch gemacht, doch nach eineinhalb Jahren mit bisher 18 öffentlichen Sitzungen und zahlreichen angehörten Personen und Verbänden ist festzustellen, dass die Arbeit der Kommission ergebnislos im Sande verläuft. Es werden nur altbekannte Tatsachen referiert.“

Neue Erkenntnisse habe es nicht gegeben, so Brand-Hückstädt weiter. „Kein Wunder: Produktiv ist eine solche Kommission doch nur, wenn alle norddeutschen Bundesländer an einem Tisch sitzen, bereits bestehende Kooperationen analysieren und Ziele für neue festlegen. Stattdessen wird aber nur im stillen Kämmerlein gearbeitet und Papier produziert, das abschließend zu den Akten gelegt wird. Über Berichts-Charakter ist die Kommission nicht hinausgekommen. Wenn man eine Übersicht über bestehende Kooperationen hätte haben wollen, wäre ein Berichtsantrag an die Landesregierung völlig ausreichend gewesen. Die Kosten für die Enquetekommission liegen bis jetzt bei ungefähr 80 000 Euro. Es ist angesichts der Finanzlage besonders bedauerlich, dass das Land für die Sandkastenspielchen der Opposition dieses Geld aufbringen musste.“

Brand-Hückstädt erinnerte an die vollmundigen Versprechungen der Opposition, durch Strukturveränderungen 100 Millionen Euro einsparen zu können. „Entsprechende Impulse sind aber bisher Fehlanzeige. Strukturelle Maßnahmen sind mit der Opposition schon auf Landesebene nicht zu machen, wie soll es dann länderübergreifend funktionieren?“ Auch der Glaube, die Politik könne der Privatwirtschaft aufzeigen, wie und über welche Grenzen hinweg sie Kooperationen zu schließen haben, zeige nur, wie irrig die rot-grüne Vorstellungswelt sei.